

# Allein auf weiter Flur

Nicht erst seit dem Ärger um den Agrardiesel beschäftigt Bauern die Frage, wie sie in Zukunft wirtschaften und investieren sollen. Auch Landwirte aus der Pfalz fühlen sich damit alleingelassen. Wie soll es weitergehen? *Von Mechthild Treusch*

Das Sterben kleiner Bauernhöfe hat schon vor Jahrzehnten eingesetzt. Seit 1995 hat sich die Anzahl der Höfe in Deutschland halbiert auf 262.776 Betriebe im Jahr 2020. Zugleich hat sich laut Statistischem Bundesamt die durchschnittlich pro Hof bewirtschaftete Fläche auf 63,2 Hektar ungefähr verdoppelt. Gründe für das Höfesterben gibt es viele, vom fehlenden Nachfolger bis zum betriebswirtschaftlichen Minusgeschäft. Einen Grund sehen Landwirte jedoch gerade wieder in der Politik: Es gebe keine verlässlichen Rahmenbedingungen, kritisieren sie. Dafür zu viel Unsicherheit – über Auflagen, Kosten, über ihre Zukunft. Zugleich sehen sie sich hohen gesellschaftlichen Erwartungen gegenüber: an eine Landwirtschaft, die im Sinne von höchstmöglichem Tierwohl und Klimaschutz arbeitet, die Verbrauchern Gutes aus der Region anbietet mit transparenten Produktionsbedingungen, und das zu bezahlbaren Preisen. Geht das zusammen?

2021 hat Christian Glahn seinen Bauernhof im südwestpfälzischen Zweibrücken umgestellt auf EU-Bio-Landwirtschaft und seine konventionelle Schweinehaltung mit 2000 Tieren auslaufen lassen. Nun würde er gerne eine Bio-Schweinehaltung aufbauen. 500 Schweine will er halten, den Stall dafür umbauen. 750.000 Euro müsste er dafür ausgeben. Sie würden gerne investieren, sagt er. Aber er zögert: Ihnen fehle Planungssicherheit für die kommenden Jahre. Bei Schweinezüchter Uwe Bißbort aus Pirmasens stehen Baumaßnahmen am Stall an. 700.000 Euro würden diese kosten, maximal 40 Prozent würden gefördert. Zu wenig, meint Bißbort. Er fragt sich, wovon all die Auflagen für mehr Tierwohl bezahlt werden sollen. Wie viel aus dem Bundeshaushalt komme und was Bauern noch selbst aufbringen könnten. Bei 100.000 Euro sollte nach Einschätzung des Deutschen Bauernverbandes das jährliche Betriebseinkommen mindestens liegen, um auch Investitionen stemmen zu können – eine Größenordnung, die laut Bißbort in der Region kaum erreicht wird.

Christian Kau betreibt den Stockbornerhof bei Reifenberg mit Milchkühen, Ackerbau und Direktvermarktung. Zwei seiner Kinder machen bereits eine landwirtschaftliche Ausbildung. Aber er könne ihnen keine Planungssicherheit geben, sagt er. Was um 12 Uhr gesagt werde, sei am Mittag nicht mehr gültig. Nur ein Beispiel ist für ihn die EU-Regelung zur Flächenstilllegung. Vier Prozent Ackerfläche sollten Landwirte 2023 zugunsten des Artenschutzes stilllegen, was wegen des Ukrainekrieges und des Getreidebedarfs ausgesetzt wurde. Ende 2023 setzte die EU auch für 2024 diese Regelung aus – stattdessen könnten nun auf sieben Prozent der Flächen Eiweißpflanzen oder Zwischenfrüchte angebaut werden. Zu diesem Zeitpunkt hatte Kau freilich für die ursprünglich vorgesehene Brache längst Gras und Klee bestellt.

Politik sei eine von vielen Unwägbarkeiten in der Landwirtschaft, neben Wetter, Klimawandel, saisonalen Zyklen und mangelnder Planbarkeit beim Wirtschaften mit der Natur, sagt Sebastian Hess; er ist Professor an der Universität Hohenheim und dort Leiter des Fachgebietes Agrarmärkte. Und es falle Landwirten häufig besonders schwer, sich auf geänderte politische Rahmenbedingungen einzustellen – zumal diese, gemessen an den Planungshorizonten der Landwirtschaft, oft als zu kurzfristig empfunden würden.

Ein Beispiel ist für ihn der freiwillige Natur- und Artenschutz. Da gebe es viele Programme für Landwirte, aber diese wechselten häufig und bestünden meist aus kleinteiligen Kriterienkatalogen. Viele Landwirte sähen sich gezwungen, aus Einkommensgründen an solchen Programmen teilzunehmen, aber seien nicht immer überzeugt davon, dass damit auch wirklich dauerhaft Natur geschützt werde. Effizienter wären, so Hess, manchmal langfristige Programme, die über viele Jahre konstante Bedingungen bieten und bei denen sich Betriebe dauerhaft ein zweites Standbein durch Erstellung und Pflege von Biotopen schaffen können. Das heißt: Je mehr Arten ein Landwirt auf einer Fläche nachweisen kann, umso mehr Geld bekommt er.

Gewünschte Entwicklungen zu fördern statt Subventionen wie bisher nach der Größe der bewirtschafteten Fläche zu verteilen – das fordern Wissenschaftler schon länger. Die Wissenschaft, sagt Sebastian Hess, sei

sich weitgehend einig darüber, dass öffentliches Geld zur Honorierung öffentlicher Leistungen oder für die Bereitstellung öffentlicher Güter verwendet werden sollte. Eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung wäre ein Beispiel dafür oder die Pflege der Kulturlandschaft.

Dass Landwirte für solches auf öffentliche Gelder angewiesen sind, zweifelt der Agrarwissenschaftler grundsätzlich nicht an. Denn Mehrkosten dafür könnten Landwirte nicht auf dem freien Markt erwirtschaften, stellt Hess fest: Die Zahlungsbereitschaft bleibe aus vielen Gründen hinter den staatsbürgerlichen Forderungen der Menschen zurück. Soll heißen: Verbraucher wollen gute Standards für Fleisch oder Gemüse, aber nicht unbedingt mehr dafür bezahlen. Die Deutschen geben im Vergleich zu anderen Europäern ohnehin weniger für Lebensmittel aus: 11,5 Prozent der Konsumausgaben waren es laut Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung im Jahr 2022, EU-weit 13,6 Prozent.

Ob allerdings der Landwirt davon profitieren könnte, wenn der Verbraucher tiefer in die Tasche greifen würde, ist fraglich. Denn vom Preis, der an der Ladenkasse entrichtet wird, kommt immer weniger beim

Erzeuger an: 1991 waren es bei Fleisch und Milch noch 32 und 44 Prozent, 2021 nur 20 und 36 Prozent. Verpackung, Transport, Kühlung – all das will bezahlt sein. Und je höher der Verarbeitungsgrad, umso länger die Wertschöpfungsketten.

Die meisten landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, etwa für Rohmilch, Schweinefleisch oder Getreide, hängen nur begrenzt mit den Verbraucherpreisen zusammen, sondern von Weltmarktpreisen ab, stellt Hess fest. Nur bei heimischen Produkten mit niedrigem Verarbeitungsgrad wie Obst oder Gemüse sehe es anders aus. Ein Vorteil für Direktvermarkter.

Der Weltmarkt preist allerdings höhere Qualitätsstandards wie etwa in Deutschland nicht ein. Ohne öffentliche Gelder – von EU, Bund und Ländern – könnten deutsche Landwirte auch deshalb so manche Erwartung der heimischen Gesellschaft nicht erfüllen. Wobei der Wissenschaftler nicht alle Subventionen gutheißt: Investitionsbeihilfen für Produktionsstrukturen betrachtet Hess durchaus kritisch. Denn dabei müsse ebenfalls die Nachfrageentwicklung bedacht werden, beispielsweise im Bereich

Schweinehaltung, wo der Pro-Kopf-Verbrauch ja sinke. Kritisch sieht auch er die Verteilungspraxis der EU-Direktzahlungen, die sich nach der Größe der bewirtschafteten Fläche richtet. Zum einen fällt es großen Betrieben damit leichter als kleinen, neue Auflagen und Investitionen zu stemmen. Vor allem aber kommt einiges gar nicht erst beim Adressaten an. Denn in Deutschland werde ein Großteil der Ackerfläche durch Landwirte gepachtet – und Landeigentümer verlangten meist einen Teil von diesen Direktzahlungen zusätzlich zum Pachtpreis, sagt Hess. Das Ziel, landwirtschaftliche Betriebe beim Einkommen zu unterstützen, werde daher nur mit einem begrenzten Wirkungsgrad erreicht.

Es ist also auch eine Frage der Verteilung, damit Landwirte besser wirtschaften können. Und wie lassen sich Ansprüche von Verbrauchern und Bauern auf einen Nenner bringen? Nach Antworten sucht auch die nationale Zukunftskommission Landwirtschaft, der Praktiker, Wissenschaftler und Politiker angehören. Sie hält eine Transformation der Landwirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit für unabdingbar. Denn ein intensives „Weiter so“ würde enormen Schaden anrichten, für Klima, Biodiversität, Grund- und Oberflächenwasser, Böden. Mindestens 90 Milliarden Euro Schadenssumme käme pro Jahr zusammen – für eine Nachhaltigkeitsorientierung der deutschen Landwirtschaft seien nur sieben bis elf Milliarden notwendig. Das müsse aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein. So sollten etwa höhere Kosten für die Vermeidung von Schäden über die gesamte Wertschöpfungskette getragen werden. Und bei Fördermitteln fordert die Kommission einen kooperativen Ansatz: gesellschaftliche Leistungen für Gemeinwohleistungen. Also mehr gezielte positive Anreize für nachhaltiges Wirtschaften – statt ständig wechselnder Programme und immer komplexeren Vorgaben.

Auch nachhaltiges Wirtschaften ist übrigens messbar. Ein System mit zirka 500 Kennzahlen hat etwa der Unternehmer Christian Hiß in Südbaden mit der Regionalwert-Leistungsrechnung entwickelt. Sein Ziel: positive Anreize setzen, um Schäden an der Umwelt zu vermeiden. *Seiten 19 und 5*

Foto: Jens Büttner/dpa-Zentralbild



## LANDWIRTSCHAFT EINKOMMEN

### WAS HilFT

Öffentliche Gelder sollen Einkommen absichern. Dazu zählen etwa EU-Direktzahlungen nach Fläche und Steuererleichterungen vom Bund für Agrardiesel und Kfz-Steuer sowie Zuschüsse für Einzelmaßnahmen durch Bund und Länder. Bei Haupterwerbslandwirten machen Hilfen fast die Hälfte am Einkommen aus.

### WO WAS VERDIENT WIRD

Was verdient wird, hängt von vielen Faktoren ab, etwa der Ausrichtung des Betriebs. Im Norden, wo es große Betriebe gibt, werden die höchsten Einkommen erzielt. Laut Bundesinformationszentrum Landwirtschaft belief sich in Mecklenburg-Vorpommern 2021/22 das durchschnittliche Einkommen pro Arbeitskraft auf knapp

60.000 Euro, Schlusslicht war Baden-Württemberg mit 35.031 Euro. Rheinland-Pfalz und das Saarland liegen ebenfalls im unteren Bereich.

### WAS HÄNGEN BLEIBT

Die Landwirtschaftskammer des Saarlandes hat berechnet, was vom Unternehmensgewinn bleibt und dafür Abschlüsse von 74 konventionellen Haupteinwerbsbetrieben ausgewertet. Ausgangspunkt war ein Jahresgewinn von 70.740 Euro (Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre). Davon gingen 15.443 Euro für Nettoinvestitionen und 1146 für Neukreditaufnahme ab, dann 24.925 Euro Steuern und Versicherungen sowie 3795 Euro Altenteilerzahlung. Es blieben 27.723 Euro für die Landwirtschaftsfamilie (1,6 Arbeitskräfte). |tre